

Antrag A-06: Systemwechsel in Gesundheit und Pflege - Finanzierung des Gesundheitswesens

Antragsteller/in:	Manfred Steglich (KV Mitte-Ost · Nr. 708), Wilfried Scharfenberg (KV Links derWeser · Nr. 456), Olaf Zimmer (KV Links derWeser · Nr. 458), Anke Maurer (KV Links derWeser · Nr. 403), Andrea Spangenberg (KV Links derWeser · Nr. 405), Wolfgang Hellborn (KV Links der Weser · Nr. 706), Margit Hebeda (KV Links der Weser · Nr. 707), Bettina Fenzel (KV Links derWeser · Nr. 401), Angelika Brandenburg (KV Links der Weser · Nr. 709)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

- 1 Die Krankenhausversorgung muss nach grundlegend anderen Gesichtspunkten organisiert
2 werden: Krankenhäuser müssen von Konkurrenz und Kostendruck befreit und aufs
3 Gemeinwohl verpflichtet werden. *Wir fordern* einen Gesundheitsfonds für
4 gemeinwohlorientierte Krankenhäuser und die Rekommunalisierung bereits
5 privatisierter Kliniken. Gesundheit ist keine Ware, in der Kriterien wie
6 Wirtschaftlichkeit und Profit mehr zählen dürfen als kranke Menschen. Deshalb
7 fordern wir die Abschaffung des 2003 beschlossene Vergütungssystem
8 (Fallpauschalen, DRG), das die Krankenhäuser mehr denn je in einen ökonomischen
9 Wettbewerb zwingt, mit der Folge, das nicht die Qualität, sondern die Fallzahlen,
10 die Diagnosen und geringe Kosten pro Fall entscheiden über Sieger und Verlierer in
11 diesem Wettlauf. *Wir fordern* einen Systemwechsel zugunsten einer kostendeckenden,
12 bedarfsgerechten Finanzierung.
- 13 Die schlechten Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern und Pflegeheimen wurden
14 schon lange vor der Corona-Pandemie offensichtlich: mangelnde Hygiene, „blutige
15 Entlassungen“, kaum Zeit für fachlich korrekte Pflege, von Zuwendung ganz zu
16 schweigen.
- 17
18 Die Logik des Marktes im Gesundheitswesen wurde begleitet mit Druck auf die
19 Beschäftigten und mit Personalabbau eingeführt – Mit dem Ergebnis das Krankenhaus
20 Konzerne hohe Gewinne machen und kommunale Krankenhäuser unterfinanziert sind.
- 21 Im Krankenhaus und in der Langzeitpflege fehlen jeweils mindestens 100.000
22 Pflegekräfte! Hunderttausende Pflegekräfte haben aus Frust und Erschöpfung ihren
23 Beruf verlassen. Die Mitarbeiter*Innen im Gesundheits- und Pflegebereich, die
24 geblieben sind, sind völlig überarbeitet. Gesundheitsminister Lauterbach kommt
25 nicht mehr drumherum, das Problem zu bearbeiten.
- 26 Seine bisherigen Maßnahmen und groß angekündigten Reformen im Gesundheitsbereich
27 reichen jedoch bei weiten nicht aus, um den Notstand in den Krankenhäusern und

28 Pflegeeinrichtungen zu stoppen. Die Unterfinanzierung wird nicht beseitigt, weder
29 im ambulanten noch im stationären Bereich.
30 **Private Konzerne und Investoren können weiterhin mit unseren Versicherungsbeiträgen**
31 **und Zuzahlungen das große Geld machen. Auch niedrigere Fallpauschalen (DRGs) führen**
32 **dazu, dass die Krankenhäuser auf Profit und Wettbewerb ausgerichtet sind und nicht**
33 **auf die Bedürfnisse der Patient*innen und der Beschäftigten.**Auf der Bundesebene
34 fordern wir:

35 *„Die bestmögliche Gesundheitsversorgung und Pflege muss allen Menschen in*
36 *Deutschland zur Verfügung stehen und darf nicht von der Größe des Geldbeutels*
37 *abhängen. DIE LINKE ist die einzige Partei, die konsequent für eine gerechte*
38 *Finanzierung des Gesundheitswesens kämpft. Wir wollen die Profitorientierung*
39 *abschaffen. Statt großer Gewinne für Krankenhaus- und Pflegekonzerne wollen wir*
40 *eine bedarfsgerechte und auskömmliche Finanzierung des Gesundheitswesens. Nur so*
41 *schaffen wir die Voraussetzungen, die nötig sind, damit alle Menschen im Bereich*
42 *Gesundheit und Pflege bestmöglich versorgt sind: Patient*innen, Beschäftigte sowie*
43 *Menschen mit Pflegebedarf und ihre Angehörigen.“*

44 Quelle: <https://www.die-linke.de/themen/pflege-und-gesundheit/>

45 **Für Bremen** fordern wir die Stärkung der städtischen Infrastruktur und den Ausbau
46 der öffentlichen Gesundheitsversorgung insbesondere in den Quartieren. Stellen wir
47 uns auf die Seite der Patient*innen und Beschäftigten für ein gutes öffentliches
48 Bremer Gesundheitswesen.

Begründung

.